

## **Die Freien Demokraten stehen an der Seite der Ukraine**

### **Positionspapier der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag**

Wladimir Putin hat den Krieg zurück nach Europa gebracht. Die Freien Demokraten verurteilen den brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine scharf. Die russische Regierung muss ihre Streitkräfte aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abziehen und die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen ohne Einschränkungen achten. Die Verantwortlichen für russische Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Mehr als ein halbes Jahr nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine steht die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag entschlossen an der Seite Kiews und unterstützt das Land bei der Selbstverteidigung: politisch, finanziell und militärisch. Klar ist: Die Ukraine kämpft nicht nur um das eigene Land, sondern auch für europäische Werte. Unser Ziel bleibt ein stabiler Frieden in Freiheit für alle Nationen Europas.

### **1. Die Ukraine braucht schwere Waffen**

Deutschland ist in den letzten Monaten einen langen Weg gegangen und hat Ausrüstung und militärisches Gerät an die Ukraine geliefert. Daher begrüßen wir den Ringtausch als richtigen Schritt, um die Ukraine umgehend zu unterstützen. In der jetzigen Phase des Krieges sprechen sich die Freien Demokraten ausdrücklich dafür aus, nun auch schwere Waffen, gepanzerte Truppentransporter und deutlich mehr präzisionsgelenkte Munition zu liefern.

Wir setzen uns für eine noch stärkere Unterstützung der Ukraine durch die Lieferung von weiteren Waffensystemen ein, die bei der Industrie vorhanden sind und schnell Einsatzbereitschaft erlangen können. Gleichzeitig wollen wir die Ukraine durch die Lieferung von weiteren bei der Bundeswehr vorhandenen Waffensystemen unterstützen. Diese müssen schnellstmöglich durch gemeinsame Kraftanstrengung von Parlament, Bundeswehr und Industrie ersetzt werden.

Zudem befürworten die Freien Demokraten die Ausbildung an schweren Waffen sowie die taktische Beratung und Ausbildung von Offizieren und die schnelle Bereitstellung von Rüstungsgütern durch die deutsche Industrie, für die Deutschland insbesondere aus den schon vorsorglich bereitgestellten Mitteln zur

Ertüchtigung von Partnerstaaten im Bereich Sicherheit, Verteidigung und Stabilisierung die Finanzierung übernimmt. Deutschland darf im Kampf gegen die russische Invasion keine Kriegspartei werden und jede Unterstützung – gerade, wo sie militärischer Natur ist – erfolgt in Absprache mit unseren Partnern in der EU, der NATO sowie anderen Ländern weltweit, die für die Aufrechterhaltung der liberalen Weltordnung eintreten

## 2. Humanitäre Hilfe für die ukrainische Bevölkerung – schnell, unbürokratisch und flächendeckend

Die von Russland verursachte, laut UNHCR größte innereuropäische Flucht seit dem Zweiten Weltkrieg, wirft für viele Vertriebene Fragen auf, die wir schnell beantworten wollen. Unsere Antworten reichen von finanzieller Hilfe für belastete Anrainerländer wie Moldau, über koordinierte humanitäre Hilfe in Deutschland selbst bis zu einer schnellen Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in unserem Bildungssystem, die das ukrainische Curriculum berücksichtigt.

Wir setzen uns für eine schnelle Registrierung von Menschen in Deutschland und einen unkomplizierten Zugang zum Arbeitsmarkt ein. Innerhalb Deutschlands begrüßen wir die Anstrengungen, die die Bundesregierung und die Länder sowie der Bundesminister der Finanzen ergriffen haben, um die Kosten der Flüchtlingsaufnahme zu teilen. Wir fordern die Kommunen auf, alles in ihrer Kraft stehende zu unternehmen, um die Bearbeitung der Angelegenheiten ukrainischer Flüchtlinge zu beschleunigen.

## 3. Ukraine beim Wiederaufbau aktiv unterstützen

Obgleich der Krieg in der Ukraine noch in vollem Gange ist, muss die Ukraine bereits jetzt beim Wiederaufbau aktiv unterstützt werden. Die Beseitigung der Kriegsschäden und der Wiederaufbau der Ukraine bedarf enormer und bislang nicht quantifizierbarer finanzieller Kraftanstrengungen. Der Wiederaufbau der Ukraine sollte auf EU-Ebene sowie bi- und multilateral mit den gemeinsamen Partnern erfolgen, in deren Organisation die Ukraine eine zentrale Rolle zukommen sollte – koordinierter Wiederaufbau für und mit der Ukraine.

## 4. Lernen aus der Krise: Weniger Abhängigkeit durch Diversifizierung – aber bezahlbar

Wir wollen so schnell wie irgend möglich alle Rohstoff- und Energiekäufe aus Russland und Belarus beenden, soweit dies unsere eigene wirtschaftliche Handlungsfähigkeit zulässt. Die Nordstream-Pipelines waren von Beginn an ein geopolitisches Projekt des Kremls, dessen Ziel die Isolation der Ukraine war. Deshalb hat insbesondere der Bau der Pipeline Nordstream 2 zu erheblichen Verstimmungen geführt und Deutschland diplomatisch isoliert. Als Freie Demokraten fordern den Rückbau von Nordstream 2 sowie die schnellstmögliche Erarbeitung eines Konzepts zur rechtlichen, technischen und umweltfachlichen Absicherung.

Wir brauchen einen konsequenten EU-weiten Ausstiegsweg aus Energiekäufen in Russland. Den Ausstieg wollen wir mit dem zügigen Ausbau erneuerbarer Energien und dem Bau von LNG-Terminals erreichen. Wir möchten außerdem eine ideologiefreie und technologieoffene Debatte über eine sichere – und auch bezahlbare – zukünftige Energieversorgung anstrengen und die technologische und digitale Souveränität Deutschlands verbessern. Wirklich selbstbestimmt und unabhängig agieren kann nur, wer selbst zu den Technologieführern gehört.

Bemühungen, Rohstoffe aus Partnerländern wie Kanada zu kaufen, die unsere Werte teilen, unterstützen die Freien Demokraten ausdrücklich. Die dringend notwendige und von den Freien Demokraten vorgebrachte Ratifizierung von CETA darf nur ein Beispiel für eine engere wirtschaftliche Kooperation mit unseren transatlantischen Partnern sein. Weitere Schritte wie die Abschaffung von Zöllen auf Industriegüter mit den USA müssen folgen.

## 5. Russland weiter wirksam sanktionieren

Russlands Aggression muss konsequent mit Wirtschaftssanktionen beantwortet werden. Sanktionen wirken, die ersten Auswirkungen sind bereits sichtbar. Wir fordern Ausweitungen der Sanktionen gegen Mitglieder der russischen Führung und sprechen uns für die Ausweisung von Familienmitgliedern von Personen auf der Sanktionsliste und Visaentzug aus. Die Aussetzung des erleichterten Visumverfahrens für russische Touristen durch die Mitgliedstaaten des Schengener Abkommens begrüßen wir. Denn Tourismus ist kein Menschenrecht. Lustwandeln, Urlauben und Shopping in Europa machen Spaß, doch wer Krieg anzettelt, darf diesen Spaß nicht erwarten.

Wenn einzelne Länder, darunter auch EU-Beitrittskandidaten, Sanktionen unterlaufen oder gar Waffen an Russland liefern, kann das nicht folgen- und widerspruchlos bleiben. Falls EU-Beitrittskandidaten die Sanktionen unterlaufen, müssen die Vorbeitritts Hilfen gestrichen werden. Zudem wollen wir sicherstellen, dass sich Unternehmen mit Zugang zum europäischen Binnenmarkt an die Sanktionen halten.

## 6. Den globalen Westen schaffen

Die Bilder von Krieg und Zerstörung in der Ukraine stehen in einem diametral entgegengesetzten Verhältnis zu den Errungenschaften des internationalen Rechts. Wir bekennen uns zu einer multilateralen und liberalen Weltordnung, die sich insbesondere im Völkerrecht ausdrückt, dem wir konsequent zur Geltung verhelfen wollen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Ermittlungen des Anklägers beim Internationalen Strafgerichtshof und der ukrainischen Strafverfolgungsbehörden, die von der EU-Beratungsmission beraten werden. Wir begrüßen zudem das Strukturermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts wegen russischer Kriegsverbrechen in der Ukraine und die zusätzliche personelle

und finanzielle Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes durch die Bundesregierung.

Der Westen ist überall dort, wo westliche Werte gelten – sei es in Estland, Frankreich, den USA, Japan, Chile oder Neuseeland. Wir Freie Demokraten wollen Initiativen für eine Koalition demokratischer, marktwirtschaftlicher Demokratien stärken und weiterentwickeln und uns insbesondere innerhalb der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen für gemeinsame Werte einsetzen und strategisch abstimmen. Der richtige Ort für die Regelung politischer und wirtschaftlicher Konflikte ist nicht das Schlachtfeld, sondern sind internationale Organisationen und Formate wie die UN, die OSZE, die G20, die G7 oder die WTO.

Die demokratischen Bewegungen in der Ukraine oder in Belarus haben gezeigt, dass die europäische Art zu leben, in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Zukunft hat. Die EU-Beitrittsperspektiven der Ukraine, der Republik Moldau sowie Georgiens zeigen, dass diese Länder ihre Zukunft auf einem europäischen Weg sehen. Dabei verschließen wir nicht die Augen vor der Reformnotwendigkeit dieser Länder, etwa im Umbau des Justizsystems, bei Korruptionsbekämpfung oder Wettbewerbsfähigkeit, sondern wollen sie als Europäische Union bei Reformen unterstützen. Gleichzeitig muss weiterhin gelten: Ein EU-Beitritt kann nur bei Erfüllung der Beitrittskriterien erfolgen. Die Beitrittskriterien dürfen nicht gelockert werden. Als Freie Demokraten treten wir dafür ein, dass souveräne Staaten ihre Bündnisse selbst frei wählen können. Auch die EU wollen wir durch Reformen fit für die Erweiterung machen.

## 7. Die NATO – Freiheit verteidigen

Angesichts der geopolitischen Umwälzungen garantiert die NATO, dass wir dies- und jenseits des Atlantiks in Freiheit leben können. Als Freie Demokraten bekennen wir uns zur NATO und zu unseren daraus erwachsenden Bündnisverpflichtungen und wollen, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten Ansatzes drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln investiert, so seine Diplomatie und seine Entwicklungspolitik stärkt und vollumfänglich seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen, wie in Wales und Warschau beschlossen, erfüllt.

Mit dem 100-Mrd. Euro-Sondervermögen sichert Deutschland nicht nur die bestmögliche Ausrüstung seiner Soldatinnen und Soldaten, sondern erweist sich gegenüber seinen Verbündeten endlich auch als verlässlicher Partner.

Wir begrüßen die Stärkung der NATO-Ostflanke und setzen uns dafür ein, dass die Aufnahme Schwedens und Finnlands in die NATO nun auch von anderen Mitgliedern der Verteidigungsallianz schnellstmöglich ratifiziert wird, wie es der Deutsche Bundestag bereits mit einer großen demokratischen Mehrheit getan hat. Russischer Propaganda, dass die NATO eine Bedrohung für die Russische Föderation darstellt, widersprechen wir entschieden. Im Gegenteil ist die NATO ein Verteidigungsbündnis, das gegen niemanden gerichtet ist.

## 8. Putins Russland ist unser Gegner

Russland ist nach dem Überfall auf die Ukraine nicht mehr unser Partner, sondern ein Gegner, dessen feindseliges Verhalten uns größte Entschlossenheit abverlangt. Putins Russland tritt die Regeln des Völkerrechts mit Füßen, begeht schwerste Menschenrechtsverletzungen, lügt nach innen wie nach außen, manipuliert die Öffentlichkeit sowie demokratische Prozesse in anderen Ländern und will die liberale Weltordnung zerstören. Wir fordern deshalb eine weitergehende Isolation Russlands innerhalb multilateraler Strukturen, soweit es die internationalen Gremien zulassen.

Wo eine Zusammenarbeit mit Russland zwingend notwendig ist, müssen wir Wege zur Kooperation finden, etwa im humanitären und gesundheitspolitischen Bereich, wie dies bei den Verhandlungen über Getreideexporte aus der Ukraine erfolgt ist.

## 9. Die russische Zivilgesellschaft ist unser Partner

Wir, die Freien Demokraten, befürworten alle Initiativen der russischen Zivilgesellschaft, die sich für ein freies, rechtsstaatliches und demokratisches Russland einsetzen. Die Menschen des freien Russlands kämpfen 30 Jahre nach Ende der Sowjetunion für einen Wandel: Weg vom sowjetischen Erbe, weg vom großrussischen Nationalismus. In Russland gibt es wieder zahlreiche politische Gefangene, deren Freilassung wir mit Nachdruck fordern.

Auch nach der Aussetzung der Visaerleichterungen der EU für russische Staatsbürger wollen wir EU-weit gültige humanitäre Visa für Oppositionelle sowie Einwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte, verfolgte Studierende, Wissenschaftler, Journalisten und Medienschaffende ermöglichen. Anstatt pauschaler Einreise- und Visaverbote für alle russischen Staatsbürger fordern wir akribische Prüfungen, europäische Lösungen und eine schnellere Digitalisierung der Visavergabe. Auch Visa für enge Familienbesuche, grenzüberschreitende Eltern-Kind-Reisen und Lebenspartnerschaften sind kein Tourismus.

## 10. Meinungs- und Pressefreiheit sind das höchste demokratische Gut

Die Wahrheit stirbt im Krieg immer zuerst. Wir stellen uns konsequent gegen Informationsmanipulation und – besonders staatliche – Desinformationsfeldzüge. Wir stehen deshalb hinter den Sendeverboten für russische Propagandamedien und unterstützen Versuche öffentlich-rechtlicher deutscher Medien wie der Deutschen Welle, in Russland und Belarus Informationsprogramme zu verbreiten. Unabhängige russische Exilmedien und pro-demokratische russische Exilstrukturen sind die Antwort auf eine zunehmende mediale Überwachung in Russland selbst.